

Position der Stadttestatistik zum Thema Open Data / GDI

Im Rahmen eines VdSt-Workshops am 24./25. Januar 2013 in Nürnberg haben rund 50 Praktiker/-innen aus verschiedenen Städten eine Bestandsaufnahme zum Thema Stadttestatistik und OpenData / GDI gewagt. Unterstützt wurden diese dabei durch Impulsreferate von externen Expert/-innen, unter anderem aus der OpenData-Szene, von der Koordinierungsstelle GDI-DE, dem Fraunhofer-FOKUS-Institut oder dem Statistischen Bundesamt.

Die gewonnenen Erkenntnisse und die abzuleitenden praktischen Handlungsnotwendigkeiten wurden in der VdSt-Mitgliederversammlung am 20. März 2013 auf der Frühjahrstagung in Wolfsburg kontrovers diskutiert und anschließend in einer kleinen Arbeitsgruppe in Textform gegossen.

Herausgekommen ist dabei nicht nur eine hochaktuelle Positionsbestimmung der Stadttestatistik in der nationalen Dateninfrastruktur, vielmehr wurden die notwendigen Schritte, um in der Informationslandschaft weiterhin einen aktiven Part beisteuern zu können, skizziert. Dieser Text ist im Folgenden abgedruckt:

Herausforderungen für die Stadttestatistik in der Open Data / GDI – Landschaft

Von den USA ausgehend hat sich der Open Government / Open Data-Gedanke inzwischen in Europa etabliert. Qualitativ hochwertige Daten sind heute ein grundlegender Bestandteil unserer Infrastruktur und damit für unsere Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft unverzichtbar. Nutzer/-innen wünschen sich von der öffentlichen Verwaltung, dass die vorhandenen Informationen gut auffindbar, standardisiert und interoperabel verwendbar sind.

Seitens der Gesetzgeber wurden bereits wichtige Leitplanken entlang des Wegs gezogen: Die PSI- und die INSPIRE-Richtlinie auf europäischer Ebene sowie die Informationsfreiheits- und Geodatenzugangsgesetze auf Bundes- bzw. Länderebene sind bereits etabliert und werden kurzfristig in die Praxis umgesetzt. Nicht zuletzt aufgrund drohender Konnexitatsforderungen greifen diese Regelungen bisher kaum bis auf die kommunale Ebene durch, obwohl dort ein wesentlicher Teil der staatlichen Daten erhoben und gepflegt wird.

Durch diese neuen Regelungen wird auf der Bundes- und auf der Länderebene ein immenser Modernisierungsdruck ausgelöst. Es entstehen zentrale Datenportale, in denen die staatlichen Daten einfach zu finden und zu nutzen sind. Dadurch entsteht indirekt auch Druck auf die Kommunen: Ohne die gesetzlichen und federalismusbedingten Hintergründe zu kennen, dürfte die Nutzer von den Kommunen den gleichen Service erwarten wie vom Bund und den Ländern.

Die Stadttestatistik füllt ihre Rolle als Datenprovider bereits in langer Tradition aus. Dadurch ist das heutige Datenangebot vergleichsweise breit und offen. Gleichzeitig ist sich die

Städtestatistik dessen bewusst, dass untergemeindliche Daten nur zusammen mit lokalen Kontextinformationen zu brauchbaren Informationen verdichtet werden können.

Als sich die Städtestatistik zuletzt im Jahr 1998 ein Leitbild gegeben hat, gehörte dazu auch, dass die Kommunalstatistik die Entwicklungen in der Informationstechnologie nicht nur umfassend nutzen, sondern sie auch aktiv mitgestalten und ihren Beitrag zur Entwicklung eines Informationsmanagementsystems leisten muss. Folgt man diesem Leitbild vor dem Hintergrund des Open-Data-Ansatzes, ergeben sich folgende Handlungsnotwendigkeiten, die teilweise parallel verfolgt werden können:

1. Kleinräumige Kommunalstatistikdaten besser zugänglich machen!

Obwohl das Angebot der Kommunalstatistik im Vergleich zu anderen Verwaltungsbereichen vorbildlich ist, kann heute nur ein kleiner Teil der untergemeindlichen Kommunalstatistikdaten über das Internet standardisiert abgerufen werden. Die Angebote der Städte variieren nicht nur in der Merkmalsvielfalt, sondern vor allem auch in der Granularität. Aus Nutzersicht ist es wünschenswert, wenn zumindest ein großer Teil der Städte einen vergleichbaren „Kerndatenkranz“ auf einer möglichst vergleichbaren kleinräumigen Ebene in einfach weiterverarbeitbaren Dateiformaten frei anbieten würde. Wesentlich darüber hinausgehende Sonderauswertungen wären gegebenenfalls weiterhin entgeltpflichtig („Freemium-Geschäftsmodell“). Wahlergebnisse sollten möglichst von allen Städten frei angeboten werden.

2. Marktübersicht durch ein gemeinsames Dach für kleinräumige Kommunalstatistikdaten schaffen!

Im Internet sind die Daten der Kommunalstatistik bisher ausschließlich auf den Internetseiten der einzelnen Städte zu finden. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn vergleichbare Kommunalstatistikdaten möglichst vieler Städte in einem oder mehreren Portalen abrufbar wären, ohne dass Sekundärdatenhaltungen aufgebaut werden müssen. Ein solches übergreifendes Angebot kann dazu beitragen, diese Daten besser bekannt zu machen.

3. Kommunalstatistikdaten weiter harmonisieren!

Spätestens wenn man die Daten einer Stadt mit den Daten einer anderen Stadt vergleichen möchte, ist man darauf angewiesen, dass die Daten sowohl semantisch, qualitativ als auch in ihrer Granularität kompatibel sind. Hier muss unter dem Dach des VDSSt mit Nachdruck an einer möglichst breiten Harmonisierung der Daten weitergearbeitet werden, vergleichbare Gebietseinheiten müssen identifiziert werden.

4. Rechtssicherheit für die Nutzer von Kommunalstatistikdaten herbeiführen!

Bisher sind in den kommunalstatistischen Angeboten selten bis nie Lizenzbedingungen aufgeführt. Damit gilt das Urheberrecht, welches den Nutzern die Weiterverwendung der Daten streng genommen nicht gestattet. Deshalb müssen den Daten in den Internet-

Auftritten der kommunalstatistischen Ämter entsprechende Lizenzmodelle eindeutig zugewiesen werden.

5. Neue mediale Möglichkeiten nutzen!

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen verankert die Städtestatistik das Thema „Nutzung von kommunalstatistischen Daten in mobilen Anwendungen mit Ortsbezug“ in ihrer Gemeinschaftsarbeit.